

Dies ist eine unverbindliche Darstellung der eForms-formatierten Bekanntmachung.

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Tätigkeit des Auftraggebers: *Städtische Eisenbahn-, Straßenbahn-, Oberleitungsbus- oder Busdienste*

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Herstellen und liefern von Konstruktionen 49E1 V212 und V226

Beschreibung: Herstellen und liefern von Konstruktionen 49E1 V212 und V226

Kennung des Verfahrens: 0a9de70e-647f-4799-83a5-e2db31ad3653

Interne Kennung: 128-25-E11

Verfahrensart: *Offenes Verfahren*

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Lieferungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 34946000 *Gleisbaumaterial und -teile*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941000 *Schienen und Zubehör*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941200 *Schienengleise*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941300 *Straßenbahnschienen*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941800 *Weichen*

2.1.2 Erfüllungsort

Ort: Ludwigshafen am Rhein

Postleitzahl: 67065

NUTS-3-Code: *Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt (DEB34)*

Land: *Deutschland*

2.1.3 Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 555.500 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/25/EU

sektvo -

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: *Bekanntmachung*

Rein nationale Ausschlussgründe: Gemäß § 123, 124 GWB, § 57, 42 Abs. 1 VgV und § 16 VOB/A

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0001

Titel: Herstellen und liefern von Konstruktionen 49E1 V212 und V226

Beschreibung: Herstellen und liefern von Konstruktionen 49E1 V212 und V226

Interne Kennung: ab97ce82-e6a6-47ae-a94f-a4b36bfa9f34

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: *Lieferungen*

Hauptklassifizierungscode (cpv): 34946000 *Gleisbaumaterial und -teile*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941000 *Schienen und Zubehör*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941200 *Schienengleise*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941300 *Straßenbahnschienen*

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 34941800 *Weichen*

5.1.2 Erfüllungsort

Ort: Ludwigshafen am Rhein

Postleitzahl: 67065

NUTS-3-Code: *Ludwigshafen am Rhein, Kreisfreie Stadt (DEB34)*

Land: *Deutschland*

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort:

5.1.3 Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 30/04/2026

Enddatum der Laufzeit: 01/05/2026

5.1.4 Verlängerung

Verlängerung - Maximale Anzahl: 0

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: *Teilnahme ist nicht vorbehalten.*

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): nein

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: *Keine strategische Beschaffung*

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: *Bekanntmachung*

Kriterium: *Eintragung in das Handelsregister*

Beschreibung: Die in diesem Abschnitt geforderten Erklärungen und Nachweise sind vom Bieter und den jeweiligen Mitgliedern einer Bietergemeinschaft jeweils gesondert vorzulegen.

Ausländische Bieter müssen gleichwertige Nachweise der für sie zuständigen Behörde/Institution ihres Heimatlandes vorlegen. Zusätzlich sind diese ins Deutsche zu übersetzen. Der Auftraggeber behält sich vor, im Fall der Beauftragung mit dem jeweiligen Bieter von diesem eine Beglaubigung der Übersetzung(en) zu verlangen. Mit dem Angebot ist einzureichen:
Handelsregistrauszug, nicht älter als 3 Monate.

Kriterium: *Berufliche Risikohaftpflichtversicherung*

Beschreibung: Der Bieter bestätigt, dass er über eine bestehende und gültige Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung verfügt. Bitte legen Sie einen Nachweis über die bestehende Versicherung bei. Die Versicherung muss folgende Deckungssummen beinhalten: • € 3.000.000 für Sach-, Personen- und Vermögensschäden. Nachzuweisen ist dies durch eine gültige Versicherungspolice, die die entsprechenden Deckungssummen für den Auftragsfall bestätigt. Bitte

beachten Sie:

Ein Hinweis auf der Versicherungspolice, dass sich die Versicherung automatisch verlängert, wird nicht akzeptiert. Es muss eine aktuelle Fassung der Versicherungspolice vorgelegt werden. Ist die Versicherungspolice zum Nachweis der zur Versicherungspflicht als Anlage beigelegt? Fehlerhafte Nachweise führen zum Ausschluss.

Kriterium: *Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen*

Beschreibung: Hiermit bestätige ich, dass die nachfolgend beschriebene Referenz inklusive der genannten

Mindestanforderungen erfüllt werden.

Haben Sie bereits vergleichbare Leistungen im Bereich der Vignolschienen erfolgreich

durchgeführt, die dem Los entsprechen, auf das Sie sich bewerben?

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf Referenzen mit folgenden Umfang nachzufordern:

- Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung

geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben

möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers

- Anschrift

- Ansprechpartner

- Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes (bereits abgeschlossen)

an.

Dieser muss innerhalb der letzten 5 Jahre liegen

- Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

- Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung

zum Projekt an.

Der Auftraggeber behält sich vor, bei Bedarf Referenzen einschließlich der genannten

Angaben nachzufordern.

Eine Nichtbeantwortung der Frage oder die Vorlage fehlerhafter Unterlagen im Falle

einer Nachforderung kann zum Ausschluss

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Ich/wir erkläre(n), dass für mein/unser Vermögen kein vorläufiger Insolvenzverwalter bestellt worden ist. (keine Weiterführung der Geschäfte durch Insolvenzverwalter - § 22 InsO). Ich erkläre, daß ich meiner/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) einschließlich der Unfallversicherung ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind. Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der vorstehenden Erklärung meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat. : Ich/wir erkläre(n), dass ich/wir rechtlich und tatsächlich in der Lage bin/sind, im Falle eines Zuschlages die dann im Vertrag enthaltene Verpflichtung einzuhalten, alle im Rahmen des Vertragsverhältnisses erlangten vertraulichen Informationen, Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln, insbesondere nicht an Dritte weiterzugeben oder anders als zu vertraglichen Zwecken zu verwerten. Insbesondere bestehen zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebotes keine Verpflichtungen, Dritten solche Informationen zu offenbaren oder in anderer Weise zugänglich zu machen. Dies gilt nicht, soweit hierfür gesetzliche Offenlegungspflichten bestehen (etwa gegenüber Stellen der Börsenaufsicht, Regulierungsbehörden oder der Finanzverwaltung), es sei denn, solche Offenlegungspflichten bestehen gegenüber ausländischen Sicherheitsbehörden. In Zweifelsfällen werde(n) ich/wir die Vergabestelle auf die gesetzliche(n) Offenlegungspflicht(en) im Rahmen der Abgabe der vorstehenden Erklärung hinweisen. Ich/wir werden die Vergabestelle - nach Zuschlag den Auftraggeber - sofort schriftlich benachrichtigen, wenn sich hierzu eine Änderung ergibt. Dies gilt insbesondere, wenn für mich/uns eine Notwendigkeit oder Verpflichtung entsteht oder ich/wir eine solche hätte(n) erkennen können, die mich/uns an der Einhaltung der beschriebenen Vertraulichkeit hindern könnte. Vertrauliche Informationen sind Informationen, die ein verständiger Dritter als

schützenswert ansehen
würde oder die als vertraulich gekennzeichnet sind; dies können auch solche
Informationen
sein, die während einer mündlichen Präsentation oder Diskussion bekannt
werden. Vertrauliche
Informationen dürfen ausschließlich zum Zweck der Erfüllung der
Verpflichtungen aus
dem Vertrag eingesetzt werden. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit gilt
nicht für
Informationen, die bereits rechtmäßig bekannt sind oder außerhalb des
Vertrages ohne
Verstoß gegen eine Vertraulichkeitsverpflichtung bekannt werden.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen
Erklärung gem. § 123 Abs. 1
GWB Wurde eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen des
Bewerbers/des Mitglieds
der Bewerbergemeinschaft zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder
wurde gegen
das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über
Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig
festgesetzt wegen einer Straftat nach: - § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung
krimineller
Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer
Vereinigungen)
oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische
Vereinigungen im Ausland),
- § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der
Teilnahme an
einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller
Mittel
in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu
verwendet
werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2
Nummer 2 des Strafgesetzbuchs
zu begehen, - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung
unrechtmäßig
erlangter Vermögenswerte), - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit
sich die
Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte
richtet, die
von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden, - §
264 des Strafgesetzbuchs
(Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der
Europäischen
Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in

ihrem Auftrag
verwaltet werden, - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und
Bestechung im
geschäftlichen Verkehr), - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und
Bestechung
von Mandatsträgern), - den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs
(Vorteilsgewährung
und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des
Strafgesetzbuchs (Ausländische
und internationale Bedienstete), - Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur
Bekämpfung internationaler
Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit
internationalem
Geschäftsverkehr) oder - den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs
(Menschenhandel)
oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels). Einer
Verurteilung
nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren
Vorschriften
anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person
ist
einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des
Unternehmens
Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der
Geschäftsführung
oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
Erklärung
gem. § 123 Abs. 4 GWB Ist das Unternehmen seiner Verpflichtung zur
Zahlung von Steuern,
Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen und
wurde dies durch
eine rechtskräftige Gerichtsoder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung
festgestellt
oder kann dies durch den öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete
Weise nachgewiesen
werden? Erklärung gem. § 124 Abs. 1 GWB Befindet sich das Unternehmen
in einer der
folgenden Situationen? - Das Unternehmen hat bei der Ausführung
öffentlicher Aufträge
nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche
Verpflichtungen
verstoßen, - das Unternehmen ist zahlungsunfähig, über das Vermögen des
Unternehmens
ist ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder
eröffnet
worden, die Eröffnung eines solchen Verfahrens ist mangels Masse
abgelehnt worden,
das Unternehmen befindet sich im Verfahren der Liquidation oder hat seine

Tätigkeit

eingestellt, - das Unternehmen hat im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich

eine schwere Verfehlung begangen, durch die die Integrität des Unternehmens infrage

gestellt wird; das Verhalten einer Person ist dem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese

Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört

auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen

in leitender Stellung, - es bestehen hinreichende Anhaltspunkte dafür, dass das Unternehmen

Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung

oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, - es besteht ein Interessenkonflikt

bei der Durchführung des Vergabeverfahrens, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit

einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens

beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen als

einen Ausschluss nicht wirksam beseitigt werden kann, - eine Wettbewerbsverzerrung

resultiert daraus, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens

einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung kann nicht durch andere, weniger einschneidende

Maßnahmen als einen Ausschluss beseitigt werden, - das Unternehmen hat eine wesentliche

Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags

erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und dies hat zu einer vorzeitigen Beendigung,

zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt, - das Unternehmen

hat in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung

begangen oder Auskünfte zurückgehalten oder ist nicht in der Lage, die erforderlichen

Nachweise zu übermitteln, - das Unternehmen hat versucht, die Entscheidungsfindung

des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen oder hat versucht,

vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren

erlangen könnte, oder das Unternehmen hat fahrlässig oder vorsätzlich

irreführende
Informationen übermittelt, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen
Auftraggebers
erheblich beeinflussen könnten, oder hat versucht, solche Informationen zu
übermitteln.

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Zu §19 MiLoG (Mindestlohngesetz) Liegt ein
Ausschlussgrund nach § 19 MiLoG vor? Zu
§98c AufenthG (Aufenthaltsgesetz) Liegt ein Ausschlussgrund nach § 98c
AufenthG
vor? Zu §21 AEntG (Arbeitnehmer-Entsendegesetz) Liegt ein
Ausschlussgrund nach §21
AEntG vor? Zu § 21 SchwarzArbG (Schwarzarbeitsbekämpfung) Liegt ein
Ausschlussgrund
nach § 21 SchwarzArbG vor? Hat das Unternehmen sowie die jeweiligen
geschäftsführenden
Personen in Bezug auf das vorliegende Verfahren keine unzulässige,
wettbewerbsbeschränkende
Abrede getroffen oder in sonstiger Weise nicht wettbewerbswidrig oder
unlauter gehandelt?
Sofern der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung die Kapazitäten eines
anderen Unternehmens
(Dritter/Nachunternehmer) in Anspruch nehmen will (Eignungsleihe), muss
er den Namen
dieses anderen Unternehmens (qualifizierter Nachunternehmer) benennen
und angeben,
wofür er die Kapazitäten des qualifizierten Nachunternehmers in Anspruch
nehmen will.
Entsprechende Nachweise sind für den qualifizierten Nachunternehmer in
dem Umfang
vorzulegen, wie sie für den Bewerber vorzulegen wären. Außerdem muss
der Bewerber
durch Vorlage einer Verpflichtungserklärung dieses qualifizierten
Nachunternehmers
nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich
zur Verfügung
gestellt werden. Nachunternehmer, die der Bewerber für die
Auftragsausführung einsetzen
will, deren Kapazitäten er zum Nachweis seiner Eignung aber nicht in
Anspruch nehmen
will, müssen in diesem Verfahrensstadium noch nicht benannt werden.
Hierzu werden
entsprechende Formblätter zur Verfügung gestellt. Der Bieter/die
Bietergemeinschaft
erklärt, dass er über die erforderlichen finanziellen und wirtschaftlichen
Kapazitäten

verfügt, um seinen laufenden finanziellen Verpflichtungen (auch) aus diesem Auftrag ordnungsgemäß nachzukommen. Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an. Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt. Es gelten folgende Grenzen:
Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz
Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz
Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz
Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz (Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Kriterium: *Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen*

Beschreibung: Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an. Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt. Es gelten folgende Grenzen:
Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz
Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz
Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz
Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz (Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: *Preis*

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Preis

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: *Gewichtung (Prozentanteil, genau)*

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: *Deutsch*

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 26/08/2025 14:00 +02:00

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/8e72c959-85e3-49fe-9c56-ab489fbef2fc>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: *Erforderlich*

Adresse für die Einreichung: <https://bieterzugang.deutsche-evergabe.de/evergabe.bieter/api/supplier/external/deeplink/subproject/8e72c959-85e3-49fe-9c56-ab489fbef2fc>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: *Deutsch*

Elektronischer Katalog: *Nicht zulässig*

Nebenangebote: *Nicht zulässig*

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: *Nicht zulässig*

Frist für den Eingang der Angebote: 05/09/2025 14:00 +02:00

Frist, bis zu der das Angebot gültig sein muss: 30 Tag

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Gemäß § 56 Abs. 2 VgV, § 51 Abs. 2 SektVO, § 16a Abs. 1 VOB/A-EU. Mögliche Hinweise des Auftraggebers in den Vergabeunterlagen sind zu beachten.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten:
Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: 1. Gemäß dem rheinlandpfälzischen Landestariftreugesetz (LTTG) haben die Bieter sowie deren Nachunternehmen und Verleihunternehmen, soweit diese bereits bei Angebotsabgabe bekannt sind, die erforderlichen Verpflichtungserklärungen abzugeben. 2. Einhaltung der Erklärungsinhalte der Eigenerklärung zum Russlandgeschäft gemäß

Artikel 5k der
Verordnung (EU) 2022/576. 3. Berufshaftpflichtversicherung (Personen- und
Sachschäden
mind. 3 Mio. EUR) 4. Im Falle der Bietergemeinschaft:
Bietergemeinschaftserklärung
5. Im Falle der Eignungsleihe: Eigenerklärung qualifizierter
Nachunternehmer

Elektronische Rechnungsstellung: *Erforderlich*

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.: nein

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Karlsruhe

Informationen über die Überprüfungsfristen: Hinsichtlich der Fristen zur
Einlegung von Rechtsbehelfen wird auf § 160 Abs. 3 des
Gesetzes gegen
Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) verwiesen. § 160 GWB lautet wie folgt:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

(2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen
Auftrag
oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6
durch
Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist
darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der
Vergabevorschriften
ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

(3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß
gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und
gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen
gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,

2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind,
nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur
Bewerbung
oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar
sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur
Angebotsabgabe
gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer
Rüge
nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf
Feststellung
der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2. §134 Abs. 1
Satz 2 bleibt unberührt.

**Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren
bereitstellt:** Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

**Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren
bereitstellt:** Regierungspräsidium Karlsruhe

8 Organisationen

8.1 ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Identifikationsnummer: 2fc34120-26f7-4d02-ab0d-daf834df2c20

Abteilung: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

Postanschrift: Möhlstr.27

Ort: Mannheim

Postleitzahl: 68165

NUTS-3-Code: *Mannheim, Stadtkreis* (DE126)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

E-Mail: vergabe@rnv-online.de

Telefon: +49 6214651730

Fax: +49 6214653111

Internet-Adresse: <https://www.rnv-online.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1 ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Karlsruhe

Identifikationsnummer: 1d8ddb29-ca75-433e-ace2-8ea30f3e66c1

Abteilung: Vergabekammer Baden-Württemberg

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

NUTS-3-Code: *Karlsruhe, Stadtkreis* (DE122)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Vergabekammer Baden-Württemberg

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 7219268730

Fax: +49 7219263985

Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1 ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Identifikationsnummer: eaf7ad94-04c8-477c-9f90-dfab11736d1a

Abteilung: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

Postanschrift: Möhlstraße 27

Ort: Mannheim

Postleitzahl: 68165

NUTS-3-Code: *Mannheim, Stadtkreis* (DE126)

Land: *Deutschland*

Kontaktstelle: Vergabemanagement und Baueinkauf (RE4)

E-Mail: vergabe@rnv-online.de

Telefon: +49 6214651730

Fax: +49 6214653111

Internet-Adresse: <https://www.rnv-online.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 4a2784f0-998a-4a47-8153-f52804089a49 - 01

Formulartyp: *Wettbewerb*

Art der Bekanntmachung: *Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung*

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 05/08/2025 10:14 +02:00

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: *Deutsch*